

Thema

Rock-Dokus. Von Eric Clapton bis zu den Grateful Dead: Endlich wird Rockmusik in überzeugenden Dokumentarfilmen beleuchtet. **Seite 2**

Schweiz

Schwarze Listen. Wer seine Prämien nicht bezahlt, kommt bei manchen Kantonen auf eine schwarze Liste – ein umstrittenes Verfahren. **Seite 4**

International

Prozessauftakt. Jean-Claude Arnault, Ehemann eines ehemaligen Mitglieds der Literaturnobelpreisjury, steht wegen sexueller Übergriffe vor Gericht. **Seite 7**

Wirtschaft

Sicherheitslücke. Die Steuer-App Steuer59 hat persönliche Daten der Nutzer für Dritte leicht einsehbar im Internet gespeichert. **Seite 10**

Kultur

Zum Fürchten. Friedrich Schillers «Maria Stuart» wird im Föhnbacher Theater zum politisch-mörderischen Kammerstück. **Seite 13**

Basel

100 Millionen. In Basel wird ein neues Forschungszentrum für die Gesundheit von Kindern aufgebaut. **Seite 25**

Im Terminplan. Auf der Kunsteisbahn Sissach wird in 50 Tagen wieder Eishockey gespielt. **Seite 27**

Sport

Der Experte erklärt. Vor dem Start in die neue Eishockey-Saison erzählt Coach Kevin Schläpfer, wer seine Favoriten sind. **Seite 40**

Mobil



Meistverkauft. Der MX-5 von Mazda ist der meistverkaufte Roadster weltweit. Nun erhält er mehr Leistung und Assistenzsysteme. **Seite 35**

Wetter

Aussergewöhnlich. Es bleibt heute für Herbstwetter ausserordentlich schön und warm bei Temperaturen bis zu 30 Grad. **Seite 33**



Umkämpfter Wäschereimarkt

Die Bardusch AG will in Basel weiterwachsen

Basel. Die Wäschereien in der Schweiz haben in den vergangenen Jahren eine starke Konsolidierung erlebt: Viele Unternehmen haben sich zusammengeschlossen und wurden übernommen – und auch die Konkurrenz aus dem Ausland wächst, wie der Verband Textilpflege Schweiz sagt. Die Branche macht in der Schweiz gemäss Schätzungen einen Umsatz im hohen dreistelligen Millionenbereich.

In Basel ist mit der Bardusch AG ein Unternehmen ansässig, das sich mit hohen Investitionen unter anderem gegen die Konkurrenz aus dem nahen Ausland behaupten will. Die industrielle Wäscherei ist schweizweit an sechs Standorten vertreten. In den kommenden Jahren sollen allein in Basel bis zu sieben Millionen Franken investiert werden. **Seite 9**

Elternlobby macht erneut mobil

Mit FDP und GLP will die Elternorganisation das Monopol der Staatsschule brechen

Von Franziska Laur

Basel. Pia Amacher, Präsidentin der Elternlobby Schweiz, gibt nicht auf. Nach den Abstimmungsniederlagen vor einigen Jahren in den Kantonen fordert ihre Organisation via kantonale Demokratie erneut freie Schulwahl für alle. Diesmal hat sie Unterstützung von Basler Parteien. FDP-Vizepräsidentin Nadine Gautschi argumentiert, dass in kaum einer anderen Industrienation Schüler und Eltern so wenig Freiheit in der Wahl der Volksschule haben wie in der Schweiz. Ihrer Meinung nach würde die freie Schulwahl die Bildungsvielfalt fördern und das Bildungssystem stärken.

Gegner argumentieren allerdings, dass der Wettbewerb zwischen Schulen sozial schädlich sei. So würden sich Einkommensschichten entmischen und die Bildungssegregation gefördert werden. Sie befürchten, dass bei freier Wahl die staatliche Volksschule und auch weiterführende Bildungsinstitutionen durch falsch verstandenen Liberalismus destabilisiert würden. «Heute entscheidet der Geldbeutel darüber, welche Schule ein Kind besuchen darf oder muss», sagt Katja Christ, Präsidentin der Basler Grünliberalen. Auch die UNO verlange, dass Eltern die Art der Bildung für ihre Kinder wählen können. Diese seien verantwortlich für das Wohl ihres Kindes.

Dazu bräuchten sie die Kompetenz, ohne bürokratische und finanzielle Hürden eine andere als die vom Staat zugewiesene Schule wählen zu können.

Komplexe Wirklichkeit

Die Idee der freien Schulwahl stammt vom neoliberalen amerikanischen Wirtschaftstheoretiker Milton Friedman (1912–2006) und geht folgendermassen: Statt Schulen direkt zu finanzieren, folgt die Schülerpauschale dem Kind an die gewählte, allerdings staatlich bewilligte und beaufsichtigte, Schule. Das Resultat gemäss Friedman und den Befürwortern der freien Schulwahl: Aus machtlosen Eltern und Schü-

lern werden finanzkräftige Kunden, was Schulen dazu zwingt, um sie zu werben und ihre Anliegen ernst zu nehmen. Durch den so entstehenden Wettbewerb werde auch das Produkt besser.

Die Umsetzung dieser Idee in die komplexe Wirklichkeit der Schule ist allerdings alles andere als einfach. Doch die Elternlobby argumentiert, dass jetzt eine ganz andere Ausgangslage ist als vor den vergangenen Niederlagen. Die Staatsschulen seien von der Heterogenität der Schüler überfordert und würden sich in der Hektik von Reformen und Notmassnahmen verlieren. Die Unterschriftensammlung beginnt in den kommenden Wochen. **Seite 21**

Bubblegum-Liebe



You're The One That I Want. Im Musical-Theater Basel läuft eine Neuproduktion von «Grease», dem zeitlosen Musical um die Liebe von zwei jungen Menschen, die sich trotz vieler Gegensätze und Widerstände doch noch finden. Die Basler Version überzeugt: mit gekonntem Gesang – vor allem Veronika Riedl als Sandy (Mitte) –, tollen Tänzern und Tänzerinnen und einem poppigen Bühnenbild, das die Bubblegum-Liebe von «Grease» gut widerspiegelt. **Seite 13**

Kim schliesst Atomanlagen

Überraschendes Angebot von Nordkorea – für Gegenleistung

Pjöngjang. Auf dem Gipfel mit Südkoreas Präsident Moon Jae-in in Pjöngjang hat Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un gestern unerwartete Abrüstungsangebote gemacht. Moon berichtete, Kim könne sich vorstellen, seine grösste Atomanlage Yongbyon zu schliessen – wenn ihm die USA mit «entsprechenden Massnahmen» entgegenkämen. Es blieb unklar, was Kim genau von den USA erwartet. Beobachter gehen davon aus, dass Nordkoreas Führer vor allem eine Lockerung oder Aufhebung der internationalen Sanktionen sowie Sicherheitsgarantien von den USA fordert. Bereits am Montag will Moon US-Präsident Donald Trump persönlich über den Gipfel unterrichten. Trump bewertete die Ergebnisse in einer ersten Reaktion als «sehr spannend». SDA **Seite 7**

Radiostudio zieht um

SRG verlegt Berner Infoabteilung nach Zürich

Bern. Die SRG bleibt trotz Widerstand aus Politik und Wirtschaft hart: Der Grossteil der Radio-Informationsabteilung soll von Bern nach Zürich umziehen. Das hat der Verwaltungsrat der SRG entschieden, wie er gestern mitteilte. Vom Umzug des Radiostudios Bern ins Fernsehstudio Leutschenbach in Zürich sind 170 Mitarbeitende von «Echo der Zeit», «Rendez-vous» und anderen Infosendungen betroffen. Die Verlegung der Arbeitsplätze solle vorbehaltlich des gesetzlich vorgeschriebenen Konsultationsverfahrens ab Ende 2020 stattfinden, schreibt die SRG. Sie betont, dass sie in Bern mit 550 Mitarbeitern präsent bleibe.

Der Verwaltungsrat folgte mit dem Verlagerungsentscheid einem Antrag der SRF-Geschäftsleitung. Mit der Massnahme sollen jährlich fünf Millionen Franken gespart werden – ohne dass Arbeitsplätze abgebaut oder das

Programm tangiert würde, betont die SRG. Sie will insgesamt 100 Millionen Franken sparen.

Scharfe Kritik am Entscheid

«Der Service public steht im Dienst der Gesellschaft», so SRG-Generaldirektor Gilles Marchand. «Er muss sich ständig neuen Rahmenbedingungen anpassen und gleichzeitig die Entwicklung der Medien antizipieren.» 15 Jahre nach der Revolution im Videobereich fänden die nächsten Umwälzungen im Audiobereich statt. Es sei wichtig, die Präsenz der Sendungen und Programme auch in den neuen Medien sicherzustellen.

Der Entscheid löste scharfe Kritik aus. Die Zentralisierung stehe einem öffentlich finanzierten und national tätigen Medium «nicht gut an», schrieb etwa die Genossenschaft SRG Bern Freiburg Wallis. SDA **Seite 4**

Steuervorlage angenommen

BastA! lehnt Kompromiss ab und kündigt Referendum an

Basel. Nachdem Eva Herzog alle Parteien in Basel an einen Tisch gesetzt und mit ihnen einen Kompromiss zur Steuervorlage 17 ausgehandelt hatte, kam der gestrige Entscheid des Grossen Rates nicht überraschend. Dieser stimmte dem Geschäft mit 77 gegen acht Stimmen deutlich zu. Die SP-Finanzdirektorin wurde von allen Seiten für ihre Arbeit gelobt – auch von den Bürgerlichen, was selten vorkommt.

In der Debatte sprach sich einzig das Grüne Bündnis – und auch nicht geschlossen – gegen die Vorlage aus. Dessen linker Flügel, die BastA!, kritisierte vor allem die budgetierten Mindereinnahmen im Finanzplan, die mit Sicherheit zu einem Leistungsabbau führen würden. Herzog versuchte die Skeptiker zu überzeugen. Defizite gebe es nur während der Übergangsphase, bis das System greife. Ausserdem sei das Geschäft zentral für Basel-Stadt. Alles vergebens: BastA!-Co-Präsidentin und Grossrätin Tonja Zürcher kündigte ein Referendum an. Ihre Partei habe dies an der Mitgliederversammlung vom Dienstag beschlossen.

Die jetzige Vorlage stelle in keiner Weise eine Verbesserung zur Unternehmenssteuerreform III dar, die das Volk 2017 klar abgelehnt hat, sagte Tonja Zürcher: «Sie ist bloss alter Wein in neuen Schläuchen.» Den Vorwurf einiger Bürgerlicher, angesichts der klaren Verhältnisse im Parlament «nur für die Galerie» debattiert zu haben, liess sich Zürcher nicht gefallen: «Wir sind es unseren Wählern schuldig, dass wir für unsere Anliegen und Überzeugungen kämpfen.» ale **Seite 23**

Eritreer sollen überprüft werden

Der Ständerat sagt Ja zur Prüfung vorläufiger Aufnahmen

Bern. Die eritreischen Asylanten beschäftigen das Bundesparlament fast in jeder Session. Gestern befand der Ständerat über zwei Vorstösse und eine Petition einer Bürgervereinigung aus Genf. Dabei sprach sich die kleine Kammer dafür aus, dass der Bund die vorläufige Aufnahme von Eritreern dahingehend überprüft, ob die Voraussetzungen für diesen Status noch gegeben sind. Falls dies nicht so ist, müssen die Betroffenen die Schweiz verlassen. Oder eher müssten, denn wer nicht freiwillig ausreist, kann hier bleiben, da die eritreische Regierung keine zwangsweisen Rückführungen akzeptiert. Doch auch so werden die wenigsten gehen müssen: Der Bund hat in einem Pilotprojekt bereits 250 eritreische Dossiers geprüft und in nur neun Prozent der Fälle eine Wegweisung verfügt. aso **Seite 6**

Bundesrat Parmelin sollte in Genf eingreifen

Pierre Maudet wird verdächtigt, Telefone abzuhören

Von Philippe Reichen, Genf

Die Krise um den teils entmachteten Genfer Staatsrat Pierre Maudet (FDP) erreichte gestern einen Höhepunkt. Der Kantonsrat beriet zunächst eine Resolution. Darin hiess es, Maudets Weiterwirken als Regierungsrat sei «mit dem Funktionieren der Institutionen und dem Vertrauen gegenüber der Bevölkerung nicht vereinbar». Rechte und Linke (SVP, MCG, SP, Grüne und Ensemble à Gauche) befürworteten die Resolution, FDP und CVP lehnten den Vorstoss ab. Eine direkte Folge ergäbe sich daraus nicht: Maudet müsste von selbst zurücktreten, eine Absetzung von Staatsräten sieht die Genfer Verfassung nicht vor.

Danach sollte darüber entschieden werden, ob der Genfer Kantonsrat Maudets Immunität aufhebe. Damit könnte die Staatsanwaltschaft ihr Strafverfahren gegen Maudet an die Hand nehmen. Sie wirft ihm Vorteilsnahme vor, weil er sich im November 2015 auf eine Luxusreise nach Abu Dhabi einladen liess. Die Ergebnisse waren zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Das Misstrauen gegen Maudet ist unvermindert gross – und zwar nicht nur wegen Abu Dhabi. Recherchen zeigen: Andere Regierungsräte bezichtigten Maudet, ihre Telefone abzuhören. Antonio Hodgers sprach den Verdacht vor rund einhalb Jahren ein erstes Mal an einer Regierungssitzung an. Hodgers hatte entsprechende Informationen bekommen, ebenso der im Früh-

ling abgewählte Luc Barthassat (CVP). Doch konnten sie weder Beweise vorlegen, noch wollten sie ihre Quellen offenlegen.

Maudet weist Vorwürfe zurück

Maudet wies die Vorwürfe von sich. Er sprach davon, Überwachungsmaßnahmen habe es nur im Fall der terroristischen Franzosen gegeben, die am Flughafen in der Gepäckabfertigung arbeiteten. Doch Hodgers und Barthassat bekamen weitere Informationen. Vor acht Monaten insistierte Hodgers ein zweites Mal in der Regierung. Wieder wies Maudet die Vorwürfe zurück.

Im Frühjahr kontaktierte Barthassat Verteidigungsminister Guy Parmelin und bat darum, dass der Nachrichtendienst den Vorwürfen nachgehe. Doch Parmelin wies seinen früheren Nationalratskollegen an, sich mit der Polizei oder der Justiz in Verbindung zu setzen. Auf eine Strafanzeige verzichtete Barthassat offenbar. Aus dem Verteidigungsdepartement heisst es: Man habe «keine Hinweise, dass Telefone von Genfer Regierungsräten abgehört wurden».

Auch eine weitere Angelegenheit schürt das Misstrauen gegen Maudet. Dieser hat im Frühling einen Berater aus seinem Generalsekretariat zur Polizei umplatziert, auf eine Stelle, die nie ausgeschrieben wurde und offiziell auch nicht vorgesehen wäre. Sein Lohn zahlt nicht die Polizei, sondern das Generalsekretariat. Er ist nun Analyst auf jener Abteilung, bei der sämtliche Informationen der polizeilichen Aufklärung und kriminologischen Untersuchungen zusammenlaufen. Die Verantwortung für die Polizei wurde Maudet letzte Woche entzogen.

Ständerat für Überprüfung von Eritreern

Bericht über Wegweisungsentscheide bis 2020 gefordert

Von Andrea Sommer, Bern

Der Dauerbrenner Eritrea war auch gestern ein Thema im Bundesparlament. Dieses Mal beschäftigte sich der Ständerat gleich mit zwei Vorstössen und einer Petition. Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller forderte in einer Motion, der Bund solle die vorläufige Aufnahme von Eritreern überprüfen und bis Februar 2020 dazu einen Bericht vorlegen. Bei der Überprüfung sei der juristische Handlungsspielraum konsequenter zu nutzen, um so viele vorläufige Aufnahmebewilligungen wie möglich aufzuheben – vor allem bei jenen Menschen, die nicht integriert und von der Sozialhilfe abhängig seien. «Eritreer an Bahnhöfen, Kultur- und Tourismusplätzen sind zu einem öffentlichen Reizthema geworden», schrieb der Ständerat in der Begründung des Vorstosses.

Zusätzlich zur rigorosen Ausschaffung von Eritreern fordert Müller eine Verstärkung der diplomatischen Präsenz der Schweiz in Eritrea. Dies damit beschlossene Rückführungen auch vollzogen werden können. Der bis 2020 verlangte Bericht soll auch alle Bemühungen des Bundesrates im Bereich der zwangsweisen Rückkehr nach Eritrea im Detail aufzeigen. Der Ständerat überwies die Motion oppositionslos. Damit geht der Vorstoss an den Nationalrat.

Es wird sich nicht viel ändern

Der Bundesrat hatte Müllers Motion zur Annahme empfohlen – wohl deshalb, weil das Staatssekretariat für

Migration derzeit bei insgesamt 3200 der 9400 vorläufig aufgenommenen Eritreern abklärt, ob die Gründe für die vorläufige Aufnahme noch bestehen.

Viel wird diese Überprüfung allerdings nicht an der aktuellen Situation ändern: Wie das Staatssekretariat für Migration Anfang September mitteilte, werden die wenigsten Eritreer die Schweiz verlassen müssen. Eine Überprüfung von 250 der für eine Wegweisung infrage kommenden Dossiers ergab, dass nur in neun Prozent der Fälle eine Aufhebung der vorläufigen Aufnahme rechtlich vertretbar und verhältnismässig ist.

Weniger eritreische Asylbewerber

Justizministerin Simonetta Sommaruga wies gestern im Ständerat auf die sinkende Zahl eritreischer Asylgesuche hin. 2015 hätten noch rund 10000 Eritreer ein Gesuche in der Schweiz gestellt. Im laufenden Jahr seien bislang 1800 Gesuche eingegangen. Gründe dafür seien wohl, dass die Fluchtroute gefährlicher geworden sei und die Schweiz ihre Praxis gegenüber Eritreern verschärft habe.

Letztes Jahr kam das Bundesverwaltungsgericht zum Schluss, dass eine Rückkehr abgewiesener Asylbewerber nach Eritrea grundsätzlich zumutbar ist. Und in einem weiteren Urteil von diesem Sommer erachteten die Richter eine Rückkehr auch dann als zulässig und zumutbar, wenn die betroffene Person danach ein Aufgebot für den Nationaldienst erhält (wir berichteten).

Der Ständerat lehnte gestern eine von einer Genfer Bürgerinitiative ein-

gereichte Petition «für eine würdige Asylpolitik der Schweiz. Asylrecht für Eritreer!» ab. Die Petition verlangt, dass die Praxisverschärfung gegenüber Eritreern rückgängig gemacht wird.

Ebenfalls Nein sagte die kleine Kammer zu einer Motion von SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler. Sie forderte, dass der Bundesrat mit der eritreischen Regierung Verhandlungen aufnimmt, damit eritreische Asylbewerber ohne verfolgt zu werden zurückkehren können. Das Land sei seit 1993 unabhängig und habe im Jahr 2000 mit Äthiopien einen Friedensvertrag unterzeichnet. Die jungen Eritreer, die zu Tausenden in die Schweiz kämen, würden in der Heimat für den Wiederaufbau gebraucht, begründete Geissbühler den Vorstoss. Der Nationalrat hatte die Motion 2017 überwiesen.

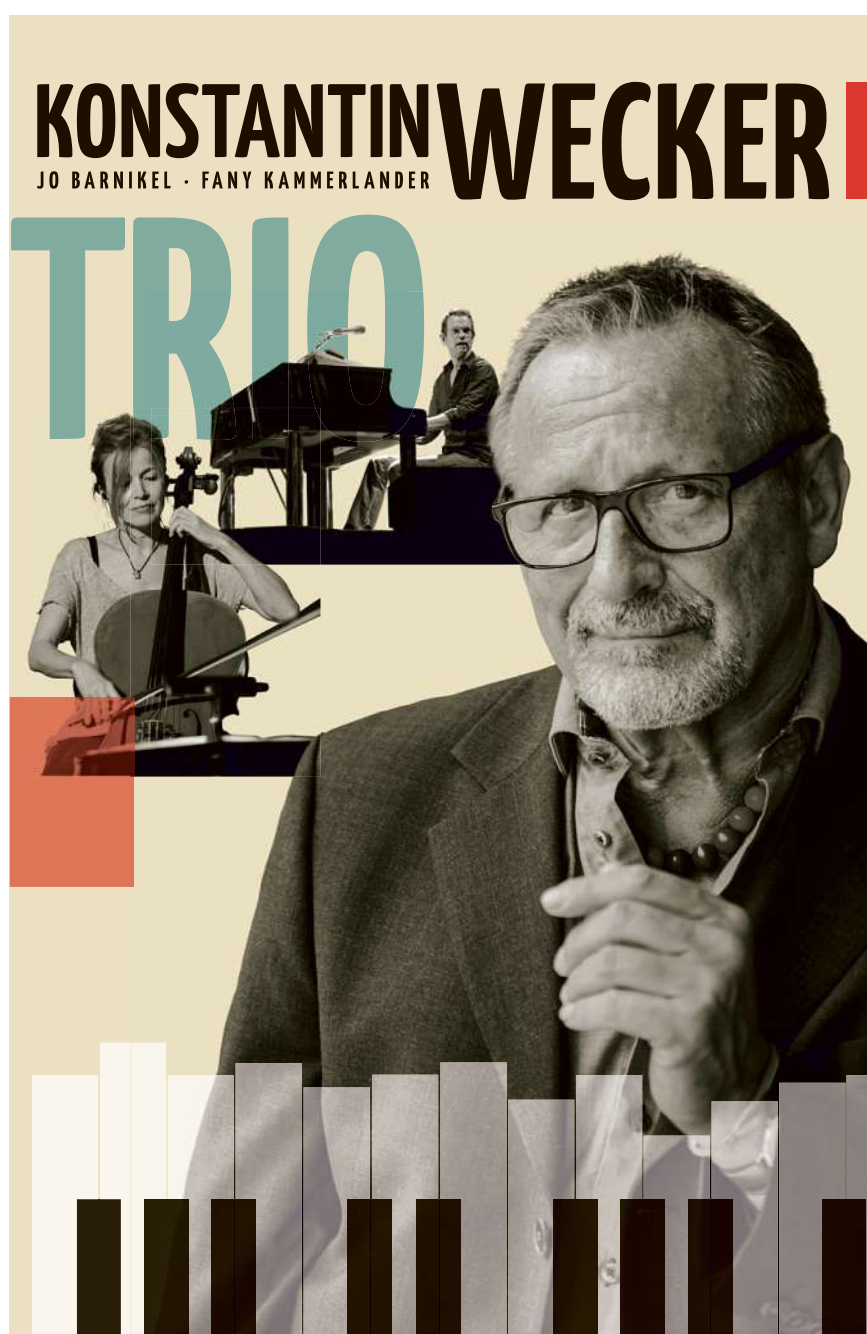
Der Bundesrat lehnt die Motion hingegen ab. Wie Simonetta Sommaruga im Ständerat ausführte, ist der Bundesrat bestrebt, seine diplomatischen Beziehungen zu Eritrea sowie die Präsenz der Schweiz im Land auszubauen. Seit letztem Dezember miete das Aussendepartement ein Büro in der deutschen Botschaft in Asmara, der eritreischen Hauptstadt. Aller Bemühungen zum Trotz sei Eritrea jedoch nicht bereit, über ein Rückübernahmeabkommen zu diskutieren und akzeptiere damit keine zwangsweisen Rückführungen. Anders als Geissbühlers Motion vermuten lasse, scheitere die Rückführung nicht am fehlenden Verhandlungswillen des Bundesrates, so Sommaruga. «Eine Rückkehr nach Eritrea ist nur freiwillig möglich.»

ANZEIGE

BaZ Leserangebot

Konstantin Wecker Trio

Poesie und Musik mit Cello und Klavier



Konstantin Wecker, Fany Kammerlander und Jo Barnikel verbindet die Liebe zum Lied. «Poesie und Musik können vielleicht die Welt nicht verändern, aber sie können denen Mut machen, die sie verändern wollen», so Konstantin Wecker, der sich seit über 40 Jahren für eine Welt ohne Waffen und Grenzen einsetzt. Nun setzt der Münchner Liedermacher mit zwei kongenialen Mitstreitern an seiner Seite zu einem musikalisch-poetischen Liebesflug der ganz besonderen Art an. Neben seinem langjährigen Bühnenpartner und Alter Ego am Klavier, Jo Barnikel, ist auch Fany Kammerlander bei seinem aktuellen Trio-Programm dabei. Die Ausnahme-Cellistin, die mit ihrem Spiel sowohl in der Klassik- als auch in der Popwelt zu Hause ist, steht ebenso seit Längerem mit Konstantin Wecker auf der Bühne. Die drei Musiker vereinen lyrisch-sensible Klavierstücke mit dem zartschmelzenden Klang des Cellos, das Konstantin Weckers Liedern seit jeher ihre ganz persönliche Note gab. Am liebsten würde man sie festhalten. Die Melodien. Und die Sehnsüchte.

Auch darin sind sich die drei Musiker einig, deren aktuelles Bühnenprogramm geprägt ist von Wut und Zärtlichkeit, Mystik und Widerstand – und immer auch von der Suche nach dem Wunderbaren. Eine Suche, die Mut macht. Und Hoffnung. Denn wer in die Lieder des neuen Trio-Programmes eintaucht, wird schnell erkennen, dass es durchaus eine Welt ohne Grenzen geben kann.

www.actnews.ch

Konstantin Wecker – Poesie und Musik mit Cello und Klavier

Donnerstag, 22. November 2018, 19.30 Uhr
Musical-Theater Basel

Preis allgemein*	Preis mit BaZ-Abo*
Kat. 1 Fr. 95.–	Fr. 66.50
Kat. 2 Fr. 78.–	Fr. 54.60
Kat. 3 Fr. 60.–	Fr. 42.–

*exklusiv Gebühren

S het, so lang s het!

Gegen Vorlage dieses Coupons erhalten Sie die vergünstigten Eintrittskarten bei allen Ticketcorner-Vorverkaufsstellen, wo auch die normalen Tickets erhältlich sind. Online können Sie die Tickets mittels Eingabe des «Rabatt-Codes» unter ticketcorner.ch beziehen. **Rabatt-Code: baz1839**

Profitieren Sie mit dem BaZ-Abonnement von attraktiven Vergünstigungen.
www.baz.ch/abo



BaZ.Live.